



⇒ Ralf Ptak

Kein Plan weiser Männer. Uwe Fuhrmann dekonstruiert die Legende vom Beginn der Sozialen Marktwirtschaft

Der Berliner Historiker Uwe Fuhrmann analysiert in seiner Dissertationsschrift die Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft in der Phase ihrer begrifflichen Konstituierung. Untersuchungszeitraum sind die Jahre 1948/49, wobei die im westdeutschen Narrativ zur Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft erklärte Doppelreform aus Währungsreform und Leitsatzgesetz (Freigabe der Preise) im Juni 1948 den zentralen Bezugspunkt darstellt. Fuhrmanns Erkenntnisinteresse gilt allerdings weder der Begriffsgenese im engeren Sinne noch einer geschichtlichen Betrachtung der zugrunde liegenden Wirtschaftstheorie. Sein Interesse gilt der Dekonstruktion des Mythos der Sozialen Marktwirtschaft. Dieser Mythos, der aus seiner Sicht sowohl von den Befürwortern wie von den Gegnern befördert wurde, gründet sich demnach auf drei Topoi (vgl. 321): (1) der Vorstellung, dass die Implementierung der Sozialen Marktwirtschaft einer gezielten Strategie gefolgt sei; (2) der Behauptung, dass sie das Werk einzelner Personen, vor allem des damaligen Direktors der Verwaltung für Wirtschaft der Bi-Zone und späteren Wirtschaftsministers (und Bundeskanzlers) Ludwig Erhard gewesen sei; und (3) der Deutung des 20. Junis als Startpunkt der Sozialen Marktwirtschaft.

Fuhrmann bedient sich bei seiner Dekonstruktion der Sozialen Marktwirtschaft der historischen Dispositivanalyse – ein spezifischer, nicht allzu verbreiteter methodischer Ansatz, der die Möglichkeit eröffnen soll, Diskurs- und Sozialgeschichte miteinander zu verknüpfen, um eine Problemstellung aus einer komplexen Perspektive zu beleuchten. Vom Ziel her erinnert der Ansatz zunächst an die historische Sozialwissenschaft der Bielefelder Schule, wenngleich in diesem Zusammenhang andere Begriffe verwendet werden und wesentlich auf Sprache und Diskurse abgehoben wird. Aufgrund der eher geringen Verbreitung und Anwendung des Ansatzes wird die Dispositivanalyse im zweiten

sozialwissenschaft der Bielefelder Schule, wenngleich in diesem Zusammenhang andere Begriffe verwendet werden und wesentlich auf Sprache und Diskurse abgehoben wird. Aufgrund der eher geringen Verbreitung und Anwendung des Ansatzes wird die Dispositivanalyse im zweiten

Uwe Fuhrmann (2017): Die Entstehung der »Sozialen Marktwirtschaft« 1948/49. Eine historische Dispositivanalyse, Konstanz / München: UVK Verlagsgesellschaft. 359 S., ISBN 978-3-86764-665-9, EUR 39,00.

DOI: 10.18156/eug-1-2018-rez-4

Kapitel umfassend dargestellt und die methodischen Rahmenbedingungen in den folgenden kurzen Kapiteln erläutert. Das geschieht sehr systematisch und wird didaktisch gut dargestellt, so dass sich der Ansatz auch für diejenigen erschließt, die kaum Kenntnisse vom Gegenstand haben. Bisweilen wirkt die didaktische Führung in diesem Bereich allerdings etwas überzogen.

Fuhrmann will aus poststrukturalistischer Perspektive dem Mythos Soziale Marktwirtschaft eine Deutung gegenüberstellen, die der sozialen Wirklichkeit jener Zeit möglichst nahekommt. Der von ihm verwendete Dispositiv-Begriff zielt darauf, »eine Verbindung zwischen diskurstheoretischen Ideen und der Untersuchung von Gegenständen herzustellen« (18). Dabei geht Fuhrmann von der Offenheit historischer Prozesse aus, die durch Widerstand und Macht (»Kräfteverhältnisse«) beeinflusst werden, und stützt sich beim Dispositiv-Begriff auf Foucault, den er in diesem Zusammenhang auf eigene Weise interpretiert. Im Kern handelt es sich bei einem Dispositiv, so Fuhrmann, um eine erweiterte Diskursstrategie, die ein heterogenes Ensemble bzw. Netz diskursiver und nichtdiskursiver (materieller, ideologischer, politischer und sozialer) Elemente in die Analyse einbezieht, um auf die in einer Krisensituation entstehende gesellschaftliche Problemlage eine Antwort zu geben (vgl. 21f.). Für diese Problemlage wird der Begriff »Notstand« verwendet, auf den ein Dispositiv in strategischer Absicht reagiert, wobei durch veränderte Kräfteverhältnisse und erneuten Notstand auch ein neues, modifiziertes Dispositiv entstehen kann. In das konkrete zeitgeschichtliche Geschehen übersetzt, geht Fuhrmann von einer Genese des Dispositivs »Soziale Marktwirtschaft« aus, das seinen Ursprung im Notstand der Nachkriegszeit hat (Hunger, absolute Armut, Arbeitslosigkeit etc.). Als Antwort sei das strategische (interessengeleitete) Dispositiv der »freien Marktwirtschaft« (festgemacht an der marktwirtschaftlichen Doppelreform vom 20. Juni 1948) entstanden, das durch die Entwertung der Sparguthaben und Preisfreigaben allerdings die soziale Ungleichheit massiv verschärft und damit einen neuen, zweiten Notstand mit intensivem Widerstand hervorgerufen habe. Erst vor diesem Hintergrund entstand aus der Sicht Fuhrmanns das nunmehr modifizierte Dispositiv der »Sozialen Marktwirtschaft« (vgl. 26). Neben dieser Operationalisierung und der historischen Perspektive, die die reale Dynamik der Entstehung des Dispositivs verdeutlichen sollen, beschäftigt sich Fuhrmann mit der Frage, wie die Soziale Marktwirtschaft zu *dem* Schlüsselwort der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik und damit hegemonial werden konnte. Aus diskurstheoretischer Perspektive fragt er, wie sich die Soziale Marktwirtschaft von einer vereinzelt Äußerung zu einer verbreiteten

gesellschaftlichen Aussage bzw. zu einem leeren Signifikanten gewandelt hat, der dieses Allgemeine repräsentiert; und zwar als Bezeichnung für eine gewissermaßen perfekte Wirtschaftsordnung, die in der Realität tatsächlich existiert (vgl. 33).

In den Kapiteln 5 bis 7 werden die Elemente der Dispositivanalyse entlang der genannten Operationalisierung ›Notstand – Strategisches Dispositiv (freie Marktwirtschaft) – Widerstand – Modifizierung‹ hin zum neuen Dispositiv (›Soziale Marktwirtschaft‹) analysiert. Überzeugend ist dabei vor allem die umfangreiche und detaillierte Darstellung der sozioökonomischen Konflikte und der darauf folgenden Proteste und Widerstandsformen bis hin zum Generalstreik am 12. November 1948, die in der Regel kaum oder nur beiläufig erwähnt werden, wenn es um die Konstituierung der bundesrepublikanischen Wirtschafts- und Sozialordnung geht. Fuhrmann hat hier dankenswerterweise ausgezeichnet recherchiert und verschüttetes Material zum sozialen Widerstand wiederentdeckt und aufbereitet. Seine durchaus nachvollziehbare Kritik an der Rolle der Gewerkschaften als tendenziell stabilisierender Ordnungsfaktor hat allerdings mitunter einen überflüssigen moralischen Unterton (vgl. 69–76). Interessant wäre in diesem Zusammenhang die Frage danach gewesen, warum die Gewerkschaften den Weg zu einer stärker wirtschaftsdemokratisch ausgerichteten Ökonomie mit einem starken öffentlichen Sektor nur derart halbherzig verfolgt haben.

Es ist vermutlich dem methodischen Ansatz mit seinen prägnanten Kategorien geschuldet, dass das interessengeleitete strategische Dispositiv als (idealtypische) ›freie Marktwirtschaft‹ bezeichnet wird (121–129). Ausgesagt wird damit, dass insbesondere Ludwig Erhard mit anderen wirtschaftsliberalen Kräften (die nicht genau benannt werden) und der bewussten Unterstützung der US-amerikanischen Alliierten die Implementierung einer freien Marktwirtschaft angestrebt habe, was an den Debatten im Wirtschaftsrat in der Bizone, vor allen Dingen aber am Leitsatzgesetz und der Währungsreform von 1948 festgemacht wird. Gerade in Bezug auf die US-amerikanische Besatzungsmacht erscheint dies als reine Umkehrung der in der ordoliberalen Geschichtsdeutung verbreiteten Behauptung, dass Ludwig Erhard die Freigabe in einem Überraschungscoup gegen die westlichen Besatzungsmächte durchgesetzt habe (vgl. 323). Demgegenüber spricht einiges dafür, dass gerade die dominierende US-Besatzungsmacht, die in der eigenen nationalen Wirtschaftspolitik eher eine keynesianische Strategie verfolgte, in der Frage der zukünftigen westdeutschen Wirtschaftsordnung einen pragmatisch-halboffenen Kurs verfolgte: er sollte den amerikanischen Haushalt möglichst wenig belasten, sozia-

listische Experimente verhindern und vor allem politische Stabilität in Zeiten des aufkommenden Kalten Krieges gewährleisten. Dabei war die möglichst freie Marktwirtschaft eine, aber nicht unbedingt die einzige Option; wichtig war allein, dass die Wirtschaftsordnung die genannten Faktoren gewährleisten konnte.

Fuhrmann betont zudem an mehreren Stellen seiner Arbeit (v.a. 144–152) einen vermeintlich scharfen Konflikt zwischen Ludwig Erhard und seinem Mitarbeiter Leonhard Miksch, der als Leiter des Grundsatzreferats der Abteilung Preise in der Verwaltung für Wirtschaft als »Masterbrain« (144) des Leitsatzgesetzes gilt. Aus der Perspektive Fuhrmanns, der Miksch eher als Sozialdemokraten denn als Ordoliberalen verortet, besteht dieser Konflikt vor allem darin, dass sich Erhard als Vertreter freier Märkte positionierte, während Miksch stärker die sozialen Folgen marktwirtschaftlicher Öffnungen in den Blick nahm. Diese politische Sensibilität von Miksch ist sicherlich eine zutreffende Beobachtung, aber die Behauptung eines grundlegenden Konflikts zwischen ihm und Erhard greift zu weit. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum ersten verkennt sie die wirtschaftspolitische Orientierung Erhards, der sich selbst als Ordoliberaler verstand und stets die Notwendigkeit einer staatlich formierten (und keiner rein »freien«) Marktwirtschaft betonte. Seine zugespitzten Formulierungen entsprechen seinem hemdsärmeligen Naturell und seiner Rolle als praxisorientierter, anpackender Politiker. Zum zweiten war Miksch einer der wichtigsten Ordoliberalen in der Phase ihrer Formierung seit den 1930er Jahren. Er gehörte zur Kerngruppe der Freiburger Schule und war der engste Mitarbeiter von Walter Eucken, dem Kopf der Schule (der in der Arbeit überhaupt nicht erwähnt wird), bei dem er sich 1937 mit der Arbeit *Wettbewerb als Aufgabe* habilitiert hatte. Miksch war Marktwirtschaftler durch und durch, ging aber wie alle Vertreter der Freiburger Schule von der Notwendigkeit eines starken Staates aus, der die Marktwirtschaft »veranstalten« müsse. Eine funktionsfähige Wettbewerbswirtschaft bedürfe zwingend einer systematischen, staatlichen Ordnungspolitik auf institutioneller und praktischer Ebene, um wirtschaftliche Machtstellungen zu verhindern und die soziale Funktion der Marktwirtschaft zu entfalten, so das Credo der Freiburger und der anderen Ordoliberalen. Die Differenz zum klassischen Wirtschaftsliberalismus und zur angelsächsischen Variante des Neoliberalismus besteht also nicht in einer unterschiedlichen Bewertung der Märkte und ihrer sozioökonomischen Wirkungen, sondern allein in der Frage, ob es sich um ein rein selbstregulierendes oder um ein ordnungspolitisch zu gestaltendes System handelt.

Wenn Miksch bei der Implementierung des Leitsatzgesetzes die potenziellen sozialen Folgen (wachsende Armut, mehr Ungleichheit) mitbedachte, dann war dies keine persönliche Attitüde, sondern Kernelement der ordoliberalen Programmatik der Nachkriegszeit. Die Ordoliberalen hatten aus der Instabilität des Kapitalismus die Lehre gezogen, dass eine marktwirtschaftliche Ökonomie nur dann auf Dauer funktionsfähig sein kann, wenn sie auch über eine stabilisierende Gesellschaftspolitik verfügt. Das hatten insbesondere Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Alfred Müller-Armack herausgearbeitet, die bei Fuhrmann kaum oder gar nicht erwähnt werden. Dieses Gesellschaftsprogramm hatte allerdings nichts mit Eingriffen in Marktprozesse oder einem umverteilenden Sozialstaat zu tun, der vielmehr stets abgelehnt wurde. Es ging stattdessen um eine Art konservativer sozialer Formierung, die unter den Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie nicht funktionieren konnte. Fuhrmann verkennt, dass die ordoliberalen Abgrenzungen vom klassischen Wirtschaftsliberalismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit allein das Ziel verfolgten, das Modell einer (geordneten) Marktwirtschaft als »Dritten Weg« zwischen Planwirtschaft und Wirtschaftsliberalismus zu positionieren, um dieses in der antikapitalistischen Grundstimmung jener Zeit, die Fuhrmann ausführlich darlegt, auf politischer Ebene durchsetzen zu können. Die deutschen Ordoliberalen waren (und sind) bei allen Eigenheiten in ihrem Ansatz seit den 1930er-Jahren fester Bestandteil des internationalen neoliberalen Netzwerks (z.B. in der *Mont Pèlerin Society*), weshalb Fuhrmanns Bezeichnung eines »historischen Neoliberalismus« (146) nur sehr bedingt greift.

Die Stärke der Arbeit von Fuhrmann, sich auf die Entstehung des Dispositivs »Soziale Marktwirtschaft« in dem engen Zeitfenster 1948/49 zu konzentrieren, bedeutet allerdings zugleich, die weiteren Begriffsbedeutungen nicht in den Blick zu nehmen. Denn die Soziale Marktwirtschaft steht auch für eine erfolgreiche wirtschaftspolitische Periode in den 1950er- bis Mitte der 1960er-Jahre (»Wirtschaftswunder«). Man kann die Soziale Marktwirtschaft mit Werner Abelshausen auch als eine in den 1920er-Jahren sich formierende Denkrichtung verstehen, die mit unterschiedlichen Regulierungs- und Steuerungskonzepten versuchte, die Marktwirtschaft mit gesamtgesellschaftlichen und sozialen Zielen zu kombinieren. Da Fuhrmann diese Bedeutung ausblendet, kritisiert er Abelshausens Blick auf die Soziale Marktwirtschaft in problematischer Weise, der sich eben nicht auf den

engen Begriff, sondern auf diese historische Denktradition stützt, was zu einem wenig zielführenden Widerspruch führt (vgl. 325f.).¹ Diese kritische Anmerkung hat aber nicht das Ziel, den Wert der Arbeit von Fuhrmann in Zweifel zu ziehen. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade weil Fuhrmann sich mit einem sehr eigenständigen Ansatz in eine komplexe und sehr umstrittene Thematik begeben hat, ergeben sich fast zwangsläufig Widerspruchslinien. Fuhrmann hat sich etwas getraut und ›sein Ding gemacht‹ – und damit in einem Feld Diskussionen angestoßen, das seit Jahrzehnten beforscht und mehr noch ideologisiert wird. Er bleibt stets seinem Ansatz treu und arbeitet akribisch das selbst gesetzte Programm ab. Sein zentrales Ergebnis, dass die Implementierung der Sozialen Marktwirtschaft »keinem Masterplan« (308) folgte, ist ebenso überzeugend dargelegt wie die notwendige Relativierung der Rolle Erhards in diesem Prozess. Auch wird klar, dass die Doppelreform vom 20. Juni 1948 die Soziale Marktwirtschaft als Dispositiv keineswegs konstituiert hat, wie im bundesrepublikanischen Narrativ – das heute einer Staatsräson gleicht – stets behauptet wird. Verdienstvoll ist zudem, dass Fuhrmann den damaligen sozialen Protest und Widerstand gegen die Politik der Doppelreform so prominent platziert und damit die Dialektik des politischen Prozesses erkenntnisreich aufgeblättert hat. Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung.

(1) Fuhrmann nimmt hier Bezug auf den Text des Wirtschaftshistorikers Werner Abelshäuser von 1976 ›Freiheitlicher Sozialismus oder Soziale Marktwirtschaft?‹. Er kritisiert, dass Abelshäuser den Begriff ›Soziale Marktwirtschaft‹ gewissermaßen eingeschuggelt habe, da dieser zum Zeitpunkt der Tagung auf der diskursiven Ebene noch nicht benutzt wurde. Während Fuhrmann also über den Diskursbegriff spricht, verwendet Abelshäuser den Begriff der ›Sozialen Marktwirtschaft‹ hier eher als wirtschaftspolitischen Epochenbegriff.

⇒ Literaturverzeichnis

Abelshauer, Werner (1976): Freiheitlicher Sozialismus oder Soziale Marktwirtschaft? Die Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung am 21. und 22. Juni 1946, Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 4, 415–449.

Ralf Ptak, *1960, Prof. Dr. rer. pol., Wirtschaftswissenschaftlicher Referent des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der Nordkirche und apl. Professor für Wirtschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt Ökonomische Bildung an der Universität Köln (Ralf.Ptak@uni-koeln.de).

Zitationsvorschlag:

Ptak, Ralf (2018): Rezension: Kein Plan weiser Männer. Uwe Fuhrmann dekonstruiert die Legende vom Beginn der Sozialen Marktwirtschaft. (Ethik und Gesellschaft 1/2018: »... auf den Schultern von Karl Marx«). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2018-rez-4> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialethik

1/2018: »... auf den Schultern von Karl Marx«

Christoph Deutschmann

Die Marx'sche Klassentheorie – oft totgesagt, aktueller denn je

Peter Bescherer

Deklassiert und korrumpiert: Das Lumpenproletariat als Grenzbegriff der politischen Theorie und Klassenanalyse von Marx und Engels

Christian Grabau

Gleichheit und Gleichgültigkeit

Matthias Möhring-Hesse

Gerechtigkeit ermöglichen. Politische Ethik und materialistische Gesellschaftsanalyse

Markus Rieger-Ladich

Mundgeruch und Achselschweiß. Ideologiekritik nach Marx

Bruno Kern

Karl Marx im Zeitalter der Ökologie

Andreas Mayert

Marx, Ökomarxismus und Postwachstumstheorie

Philipp Geitzhaus

Karl Marx begrüßt die Politische Theologie. Zur Kritik der neuesten politischen Theologie